und sogenannten Simredakteuren. Bredenbeck sei nur ein Simredakteur gewesen. Im übrigen bestehe eine Ministerialverfügung, wonach bei der Behandlung von Gefangenen Standesunterschied, Vermögensverhältnisse und Rangverhältnisse berücksichtigt werden sollen.

Abg. Ledebour meint, es sei ganz gleichgültig, ob der Betreffende Simredakteur oder wirklicher Redakteur gewesen sei. In jedem Falle habe er eine menschenwürdige Behandlung zu verlangen. In Wirklichkeit sei Bredenbeck selbst schriftstellerisch tätig gewesen. Aus der Arbeiterklasse seien schon viele sehr brauchbare Redakteure und Parlamentarier hervorgegangen, er verweise nur auf Bebel und Auer. Eine einheitliche Regelung des Strafvollzugs sei dringend geboten und zwar vom Reichswegen.

Abg. Lenzmann (freis. Vp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners im wesentlichen an. Der baldige Erlaß eines Reichsstrafvollzugsgesetzes müsse dringend gefordert werden. Im Ehre des westfälischen Richterstandes müsse er erklären, daß von ihm solche bayerische Mißgriffe, wie sie im Fall Bredenbeck vorgekommen sind, nicht ausgegangen sind. Stets und überall seien es nur die Polizeibehörden, denen solche Mißgriffe zur Last fallen. Er habe in einem Prozeß zu tun gehabt, in welchem der bekannte Frhr. v. Hammerstein als Zeuge auftreten mußte. **Diesem Zuchthäusler habe man gestattet, in seinem eigenen feinen Zivilanzug vor Gericht zu erscheinen, während man Herrn Bredenbeck sogar den von ihm verlangten Wagen verweigert und ihn zu Fuß durch die Straßen gefesselt geführt habe.**

In ganz ähnlichem Sinne äußerte sich der Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Volksp.). Abg. Beumair (Reichsp.) meint, es handle sich hier um eine reine preußische Verwaltungssache.

Abg. Thiele-Halle (Soz.) tritt dieser Ansicht entgegen; durch das Verlangen nach einem Reichs-Strafvollzugsgesetz sei die Kompetenz des Reichstages erwiesen.

Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Tischendorf nimmt nun noch einmal das Wort und erklärt, der preußische Minister des Innern habe die Dortmunder Behörde nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die obenerwähnte Ministerialverfügung im Falle Bredenbeck nicht beobachtet worden sei.

Die Petitionskommission beschloß, die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Es wurde hinzugefügt, daß sie die sichere Erwartung ausspricht, daß nun bald dem Reichstag ein Reichs-Strafvollzugsgesetz vorgelegt wird.

Salisbury über die politische Lage Englands.

Auf dem Diner im Londoner Junior Constitutional-Club hielt am Mittwoch abend Lord Salisbury eine Rede, in der er sagte, er könne sich absolut nicht vorstellen, welche Ziele eigentlich die holländische Regierung mit ihrem jüngst unternommenen Schritte zu erreichen hoffte. Es sei klar, daß sie von den auf dem Kontinent weilenden Feinden Englands in keiner Weise die Ermächtigung hierzu erhalten habe. In dem Augenblick, wo die holländischen Vorschläge veröffentlicht wurden, hätten alle diese Feinde (die Buren) einander mit Erklärungen überboten, daß diese Vorschläge durchaus absurd seien. Er wolle gern die freundschaftlichen Gesinnungen der holländischen Regierung in jeder Weise anerkennen, die britische Regierung könne sich jedoch nicht darüber klar werden, aus welchem Grunde und in welcher Absicht diese seltsamen Schritte unternommen worden seien. Er könne nur annehmen, daß englische Burenfreunde hierzu die Veranlassung gegeben hätten. Man sei jetzt wiederum in eine Periode gelangt, wo viele solche Vorschläge gemacht würden. Der einzige Grund, weshalb er über diese Dinge spreche, die an und für sich von nicht sehr großer Wichtigkeit seien, liege darin, daß diese Vorschläge zu einer Zeit erfolgten, wo man mehr Gewicht auf die Eingebungen des Verstandes, weniger auf die des Gemütes legen müsse. Viele liebenswürdige und vortreffliche Leute wünschten vielleicht, England solle nach allen Opfern sich einen Frieden zusammenstümpern, der doch nicht andauere. Diese müßten aber bedenken, daß jetzt von Gefühlen und Empfindungen keine Rede sei. England habe eine Arbeit angefangen, die es durchführen müsse. England suche Sicherheit und würde nicht nur gern, sondern mit Freuden jede Wiedervereinigung des Friedens acceptieren, bei dem das Recht des Königs anerkannt und die Sicherheit des Reiches verbürgt würde. Diese Sicherheit sei als einziger Entgelt für alle Verluste und Opfer zu erstreben. Redner fügte hinzu, es gebe noch andere zu regelnde Fragen, wenn der Krieg vorüber sei. Die Erhaltung der englischen Position in Irland sei die vitalste Aufgabe, die jetzt dem Reiche obliege. Versagen die darauf gerichteten Bestrebungen jemals, so werde das Land in die größte Gefahr gebracht, die man je gekannt habe. Dies sei eine viel wichtigere Frage, als der südafrikanische Krieg.

Nach diesen Erklärungen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß England entschlossen die Konsequenzen seiner völkerrechtswidrigen Haltung leben will: Krieg bis aufs Messer, keinen Frieden in Südafrika, sondern rücksichtslose Niederzwingung der Buren. Nur einen sanfteren Punkt hatte auch Salisbury bei seinem starren Plane nicht übersehen: man weiß immer noch nicht, wie der Guerillakrieg zugehen!

Daß seine Mutter es gewußt hatte! — So traurig es war, daß er so schlecht von seiner Mutter denken mußte, so konnte er sich doch eine solche Möglichkeit vorstellen. Sie war ja so über alle Maßen ängstlich vor allem, was nach Skandal aussah.

Der Vater aber, der große, edle Mann, unmöglich! Das konnte er sich nicht denken. Mo war ja betrunken, überdies der reine Teufel; er hatte es nur aus Bosheit gesagt.

Was half das aber alles? Der Zweifel war da wie ein glühender Fleck, der in ihm immer weiter brannte und er fühlte, daß er sich Gewißheit schaffen mußte. Er faßte den Entschluß, gleich zu seinen Eltern zu gehen und sie offen zu fragen. Dann wurde er ruhiger. Inzwischen konnte so früh noch keine Rede davon sein, sie aufzusuchen, und der Doktor ging daher zu den Landungsbrücken hinüber, wo die Tagesarbeit schon in vollem Gange war.

Arbeiter und Lastträger kamen zum Hafen; Lehrjungen liefen mit dem kleinen Kaffeetopf, die Butterbrote im Papier, in ihre Werkstätten. Fabrikmädchen liefen sich an und gingen zusammen und erzählten kichernd die Erlebnisse der letzten Nacht, während verschlafene Polizisten herumstanden und auf Ablösung warteten.

Es war eine merkwürdig gleichartige Bevölkerung, die um diese Zeit schon auf den Beinen war, arme, dürftige Gestalten. Ein vereinzelter, gut gekleideter Herr, der die Nacht außer dem Hause zugebracht hatte, schlich sich heimwärts, bleich und verschämt in der klaren Morgensonne.

Inzwischen schlief man in den feinen Stadtvierteln hinter herabgelassenen Gardinen und geschlossenen Thüren. Es war ein erhabener majestätischer Schlummer, der die erquickte, die über Stadt und Staat, über das Volk und seine Kleinodien wachten, und wie klar die Morgensonne auch war, konnte sie doch nicht in das Geheimnis Licht bringen, daß die, die schliefen, die waren, die wachten, und die, die wachten, die waren, über die von denen gewacht wurde, die schliefen. Die Geschäftigkeit verbreitete sich aber in die kleinen Straßen, die Kais entlang und über den Hafen hinaus.

Die kleinen Dampfboote pfiffen und schossen davon; ein Stück draußen lag eines von den großen Dampfschiffen, die vom Westland kommen, und wartete, bis die Hafenwächter einen Platz an der Brücke richteten. Fischer kamen herein, und die, die schon gekommen waren, zankten sich mit Händlern und dicken, alten Weibern mit großen, flachen Körben.

Johann Bennechen ging nach der Festungsbrücke; dort lag ein großes grünes englisches Dampfschiff. Der Dampfkrahn arbeitete. Die Leute liefen hin und her. Tonnen und Bierfässer standen den Kai entlang, und in einer besonderen Pyramide standen solide Kisten aufgetürmt, auf die norwegische Namen und amerikanische Adressen aufgemalt waren.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Berlin, 6. Februar. Der Reichstag beschäftigte sich am Mittwoch noch mit dem Reichsversicherungsamt. Die Verhandlungen befaßten sich fast ausschließlich mit den Anklagen Stadthagens; außer einem Geheimrat polemisierten noch die Abgg. Oertel, Hilbck und Roesicke gegen ihn. Herr Oertel und Herr Roesicke sind sonst geschworene Gegner, aber in der Verteidigung der Berufsgenossenschaften fanden sie sich zusammen. Herr Hilbck behauptete, daß der einzige positive Vorschlag, den Stadthagen gemacht hätte, der Achtstundentag wäre und gegen diesen habe er eine unüberwindliche Abneigung. Zieht er doch in seinem abmingsvollen Unternehmergemüte hinter dem Achtstundentag schon die Forderung des Arbeitstages von sechs und sieben Stunden auftauchen. Stadthagen blieb den Angreifern nichts schuldig und hielt seine Behauptung in vollem Umfange aufrecht. Weiter geführt wurde die Debatte nur von unseren Genossen Hoch und Herzfeld. Genosse Herzfeld forderte die Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahreslöhne bei den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und der ortsüblichen Tagelöhne für die Industriearbeiter in Mecklenburg. Hier sagte Graf Posadowsky eine Anregung bei der mecklenburgischen Regierung zu. Ebenso versprach er die Forderung unseres Genossen Hoch zu erfüllen und die Baugenossenschaften durch das Reichsversicherungsamt ermahnen zu lassen, für eine Kontrolle der Bauten zu sorgen. Sehr energisch sprach sich der Minister gegen das Kapitalabfindungsverfahren aus, das einzelne Berufsgenossenschaften der Rentenzahlung vorgezogen haben.

— Wie die Deutsche Tagesztg. mitteilt, hat Geheimrat Jenke vom Zentralverband deutscher Industrieller Reichstagsabgeordnete der konservativen, nationalliberalen und Zentrumspartei aufgefordert, an einer Besprechung über die Zolltariffrage teilzunehmen. Entschiedene Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen seien bei der Einladung nicht berücksichtigt worden. Die Deutsche Tagesztg. zieht ihrem Befremden darüber Ausdruck, wie ein außerhalb des Parlaments stehender Herr sich für berechtigt halte, eine derartige Konferenz zu veranstalten, um dadurch einigen Einfluß auf die Gestaltung der Reichstagsverhandlungen zu gewinnen. Das Agrarierblatt sollte doch nicht so naiv sein; daß der Zentralverband, der dem Grafen Posadowsky die berühmten 12 000 M. spendete, auch heute noch maßgebenden Einfluß auf die Regierung ausübt, ist allgemein bekannt. Es vereinfacht wirklich das Verfahren, wenn die Scharfmacher den schutzzöllnerischen Abgeordneten, mit Ausnahme der Hochagrarier, ihre Meinungen und Wünsche direkt übermitteln, anstatt sich dazu der Hilfe der Regierung zu bedienen.

— Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, zur zweiten Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes eine Resolution einzubringen, wonach der Reichstag beschließen wolle, den Reichskanzler zu ersuchen, die aus Peking mitgeführten astronomischen Instrumente dorthin zurückzuführen und der chinesischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Ferner beschloß die Fraktion, bei demselben Etatstitel die Vorgänge in Südafrika zur Sprache zu bringen.

— In der Zolltarifkommission ist es auch am Mittwoch noch nicht zu einer Abstimmung über den agrarischen Antrag auf Beseitigung der Transitläger gekommen. Das Bild war das alte: Die Vertreter der Regierung bekämpften gemeinsam mit der Linken die Agrarier. Während die Nationalliberalen nunmehr sämtlich in Bezug auf die vorliegende Frage von den Agrariern abgerückt sind, besteht über die Haltung des Zentrums noch keine Klarheit. Auffallend war es jedenfalls, daß dieselben Abgg. Dr. Heim und Müller-Fulda, die den Antrag Schwerin unterschrieben haben und deren ersterer sich gestern als der wütendste Gegner der Transitläger gebärdete, heute als „Eventualantrag" einen während der Sitzung noch zweimal abgeänderten Vermittelungsvorschlag einbrachten, der freilich im Grunde genommen unausführbar ist und für fast alle Transitläger ebenfalls die Vernichtung bedeuten würde. Die Herren wollen ohne Rücksicht auf Konjunktur und besondere Zeitumstände die gemischten Transitläger aufheben, sobald von der ausländischen Zufuhr im Durchschnitt der letzten drei Jahre nicht mindestens die Hälfte zur Wiederausfuhr gelangt.

Dem Frhrn. v. Wangenheim geht der Antrag Schwerin noch viel weit genug. Von Rechts wegen müßten die gemischten Transitläger ein für allemal beseitigt werden. Eindringlich warnte Graf Posadowsky vor der Annahme von Anträgen, die weiter gehen als die Regierungsvorlage. Die radikalen Forderungen des Grafen Schwerin würden unter keinen Umständen vom Bundesrat angenommen werden. Er erklärte, daß in nächster Zeit eine ganze Anzahl, im ganzen 12, gemischte Transitläger aufgehoben werden sollen, und zwar Frankfurt a. M., Lindau, München, Dresden, Friedrichshafen, Heilbronn, Stuttgart, Ulm, Konstanz, Mainz, Bornus, Nordenham. Auch der Vertreter der badischen Regierung, Dr. Rüger, ersuchte dringend um Ablehnung der agrarischen Anträge. Der badische Ministerialdirektor Scherer verspottete die Behauptung des Grafen Schwerin, daß er den Handel fördern wolle mit Maßregeln, von denen der gesamte Handel nichts wissen wolle. Thatsächlich werde der Handel durch den Antrag Schwerin aufs schwerste geschädigt. Keinerlei Erwiderung fand die drastische Mahnung des Vertreters der badischen Regierung an die Agrarier: „Bücken Sie sich doch auf dem Gang zur Kasse, auf der Sie viele Millionen für sich abheben wollen, nicht noch nach einem verlorenen am Wege liegenden Strohhalm." Unser Genosse Dreesbach setzte den Agrariern scharf zu.

— In Reichstagskreisen war gestern die Annahme verbreitet, es stehe eine bündige Erklärung der verbündeten Regierungen in Aussicht, dahingehend, daß diese unter keinen Umständen über die im Zolltarifgesetz vorgesehenen Minimalsätze hinausgehen würden. Die Agrarier bleiben einstweilen noch fest. Aber diese Festigkeit ist verdächtig. Bei der Beurteilung der jetzigen zollpolitischen Lage darf man eines nicht übersehen: in der nächsten Woche soll im Zirkus Busch die jährliche Generalversammlung des Bundes der Landwirte mit besonderem Glanze gehalten werden. Da werden sich die Bündlerführer ein glänzendes Vertrauensvotum ausstellen lassen und — dann werden sie ihren Ruhhandel beginnen. Ihre ganz unhaltbaren Forderungen (Aufhebung der Transitläger, Ursprungszeugnisse) werden sie opfern, dafür aber von der Regierung eine Erhöhung der Kornzölle herauszupressen suchen. Denn noch hat die Regierung jene oben erwähnte Erklärung nicht abgegeben. Daß die Bündler noch vor ihrer Generalversammlung mit dem Schachergeschäfte beginnen würden, war von vornherein ausgeschlossen. Darum ist aber auch eine allzu optimistische Beurteilung der zollpolitischen Lage durchaus nicht am Platze.

Ein neuer Fall Kulenkampff scheint in Bremen vorgekommen zu sein. Man schreibt der Freisinnigen Ztg. darüber aus Bremen: Der Kommis St. der Firma C. U. kassierte am Freitag den 31. Januar cr. einen Check über 20 200 M. hier bei der Reichsbank ein und glaubt beim Nachzählen 21 200 Mark erhalten zu haben. Er eilt zum Kontor, um sich Gewißheit zu verschaffen, ob der Check vielleicht über 21 200 M. gelautet, doch erfährt er hier, daß er 1000 M. zuviel bekommen. Sofort zur Reichsbank zurück, sagt der Kassierer, daß kein Versehen vorgekommen. Darauf teilt der junge Mann dem Kassierer mit, daß er 1000 M. zuviel erhalten und vor einiger Zeit 20 M. zu wenig, zählt 980 M. auf den Tisch und geht in sein Geschäft zurück. Am Sonnabend früh wird St. im Kontor von einem Schutzmann verhaftet. Unten erwarten ihn noch zwei weitere Sanitätsleute und St. wird zum Stadthaus gebracht. Hier eröffnet ihm ein Kommissar, daß er hinreichend verdächtig, noch weitere 1000 M. erhalten zu haben, die dem Kassierer abends beim Kassensturz noch gefehlt. Trotz Beteuerung seiner Unschuld und Angebot von Kaution von jeder Höhe seitens des Prinzipals, wird St. gefesselt über die Straße ins Gefängnis geführt. Vom Sonnabend morgen bis Montag vormittag ist St. eingesperrt gewesen. Die Firma C. U. hat dem jungen Manne vor der Oeffentlichkeit ein Vertrauensvotum erteilt, indem sie dessen Ernennung zum Proturisten veröffentlichte.

Verrückte Duellfreunde. Zum Duellunfug machen die Akademischen Monatshefte, das Organ der deutschen Korpsstudenten, einen „trotzartig zeitreichen" Vorschlag. Sie meinen: Für schwerere, besonders ehrenkränkende Beleidigungen und für leichtere Realiniurien (Thätlichkeiten) würde eine der verschiedenen Arten der Säbelforderungen genügende Satisfaktion gewähren sowohl für Studenten untereinander als bei Streitigkeiten mit Offizieren. Die Forderung auf Pistolen aber sollte nur auf die schwersten Beleidigungen beschränkt werden. „Solche Duelle — wir denken dabei an den Fall Bennigsen — werden auch im Volke verstanden werden!" Wir zweifeln doch, ob sich „das Volk" zu solchem „Verständnis" erheben wird, namentlich wenn es die Logik des nun folgenden Vorschlages erfaßt:

„Aber auch die Gesetzgebung bezw. Rechtsprechung würde dazu beitragen können, die Pistolenduelle mit ihren oft tragischen Ausgängen auf eine kleine Zahl zurückzubringen, wenn sie die Zweikämpfe mit nicht tödlichen Waffen — der Begriff nicht tödlich im landläufigen Sinne, nicht in dem des Reichsgerichts aufgefaßt — straflos ließe. Der jugendliche Drang zur Bethätigung der Mannhaftigkeit würde dann in leichteren und schwereren Waffengängen mit Schläger und Säbel Gelegenheit haben, sich auszutoben, die Pistole würde nur in seteneren Fällen und dann unter den Kautelen strenger Ehrengerichte zur Anwendung kommen . . . Wir glauben deshalb, daß die schweren Duelle in dem Maße sich vermindern werden als man den leichteren Waffengängen Raum giebt."

Wir wollen, so sagt die K. V., den Vorschlag einmal folgendermaßen umschreiben: Auch die Gesetzgebung bezw. Rechtsprechung würde dazu beitragen können, die großen Diebstähle auf eine kleine Zahl zurückzubringen, wenn sie die Diebstähle nicht großer Beträge — der Begriff nicht groß im Sinne desjenigen, der den Betrag nimmt, nicht in dem des Gesetzes und des Rechtes aufgefaßt — straflos ließe. Der Drang, sich ein Vermögen zu erwerben, könnte daher in kleineren und größeren Diebstählen befriedigt werden; ein großer Diebstahl, etwa mit Einbruch, würde nur in seltenen Fällen, etwa nur dann zur Anwendung kommen, wenn jemand seine Begierde nach schnellem Erwerb großen Besitzes nicht zügeln könnte. Wir glauben deshalb, daß die schweren Diebstähle in dem Maße sich vermindern werden, als man den leichteren Entwendungen Raum giebt.

Das monarchische Gefühl der Junker. Die Voss. Ztg. stellt ein paar Aussprüche zusammen, die genau erkennen lassen, wie das monarchische Gefühl der agrarischen Thronstützen mit der jetzigen Höhe der Kornzölle zusammenhängt: „Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen. Wir müssen zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen, und entschlossen sind, sie unsere Macht fühlen zu lassen." So rief Herr Ruprecht, der Oberagrarier, am 21. Dezember 1892. „Wir müssen aufhören, zu klagen; wir müssen schreien! . . . Wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, wir müssen schreien, daß es in die Parlamentssäle und Ministerien dringt; wir müssen schreien, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird." Das hat der Bund der Landwirte getreulich und beharrlich gethan, und es hat ihm an Erfolg nicht gefehlt. Man rief der Regierung zu, sie züchte Bettler und Sozialdemokraten. „Wir müssen den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien zerreißen und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß," so rief ein Agrarier, nachdem der Kaiser die Verträge als rettende That gefeiert hatte. Wer für die Handelsverträge stimmt, der ist der schlimmste Demagoge, „und stände er dem Throne am nächsten", so rief der „Bauer Lutz" am 2. Dezember 1893. Der deutsche Landwirt ist jetzt geneigt, „den Kaiser als seinen politischen Gegner anzusehen", so war in der Korrespondenz des Bundes der Landwirte am 24. März 1891 zu lesen. „Wären wir Preußen geblieben, nicht Deutsche geworden, so stände es heute besser mit uns." Der Handelsvertrag mit Rußland ist „gegen die gute Sitte geschlossen; ein solcher Vertrag wird von jedem Gericht annulliert, und er muß auch von jedem Volk annulliert werden, wenn es nicht Selbstmord begehen will". Es ist der erste Vorsitzende des Bundes, Herr v. Wangenheim, der diese Worte sprach. Wie der Landwirtschaftsminister sagt oder nicht sagt, „kann mir schnuppe sein. Die . . . können uns sonst was, diese . . ." So rief Herr v. Diest-Daber im Zirkus Busch unter dem Jubel seiner Hörer.

Zwei interessante Militärgerichtsurteile. Neulich zur Zeit Jobst vom Kaiserpanzer Regir, der am 11. Januar wegen Beleidigung und vorschriftswidriger Behandlung Untergebener in drei Fällen